Abend-Ausgabe Nr. 119 Freitag, 11. März 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.) bei siebenmal wöchentlich. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Versand d. Morgen- u. Abend-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Fehlerged. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Große Erregung in ganz Oesterreich

Folgen der Maßnahmen des Bundeskanzlers

Wien, 11. März.

Je näher der willkürlich festgesetzte Abstimmungstag heranrückt, desto größer wird die Erregung unter der Bevölkerung. Die nationalsozialistischen Kreise sind vor allem darüber empört, daß sich das marxistische Element immer stärker in den Vordergrund drängt. So liegen neuerliche Aufrufe verschiedener Verbände vor, in denen offen zugegeben wird, bei der Volksabstimmung ginge es um die Wiederherstellung der aufgelösten sozialdemokratischen Organisationen.

Die vergangene Nacht stand in allen Städten Oesterreichs im Zeichen großer Protestkundgebungen der Nationalsozialisten. Sturmkorpsleute und marxistische Elemente versuchten vergeblich zu stören. Wie die Mittagsblätter ankünden, bereitet die Regierung außerordentliche Maßnahmen vor, die jedoch augenscheinlich nicht aus Sicherheitsgründen, wie behauptet, sondern zur Niederhaltung des von einer Minderheit brutal vergewaltigten Volkes getroffen werden. In den Bundesländern, eventuell auch in Wien, soll neben Polizei und Gendarmerie das Bundesheer eingesetzt werden. (!) In Wien wurden schärfste Sicherheitsmaßnahmen für das Bundeskanzleramt angeordnet.

Feuerüberfall auf Nationalsozialisten

Die Zugangsstraßen werden durch starke Polizeiabteilungen gesichert; die Zufahrt in einigen Straßenzügen wurde überhaupt gesperrt. Besonders aus Linz werden schwere Zusammenstöße im Laufe der vergangenen Nacht gemeldet.

Sturmkorpsleute eröffneten in feigster Weise aus dem Gebäude der Vaterländischen Front auf einen Zug von Nationalsozialisten, der von einer Kundgebung auf dem Hauptplatz der Stadt gegen die große Donaubrücke marschierte, aus Pistolen das Feuer.

Die Nationalsozialisten setzten daraufhin sofort zum Sturm gegen das Fronthaus an, überwältigten die Sturmkorpsleute und machten sie kampfunfähig. Die Schüsse der Sturmkorpsleute haben übrigens keinen Nationalsozialisten, sondern nur einige in der Nähe des Fronthauses befindliche Angehörige des österreichischen Jungvolkes getroffen. Die Rettungsgesellschaft brachte drei Schwer- und fünf Leichtverletzte in die Spitäler.

Marxisten überfallen Reichsdeutsche

Die Uebergriffe von marxistischer Seite erreichen jetzt einen Grad, der kaum noch zu übertreffen ist. Mit heuchlerischen „Heil Oesterreich"-Rufen werden unglaubliche Provokationen verübt. Was die Reichsdeutschen, denen bekanntlich das Tragen des Parteiabzeichens erlaubt ist, zu gewärtigen haben, falls die Entwicklung in den nächsten Tagen so weitergehen sollte, zeigt folgendes Erlebnis:

Die Autodroschke, in der sich der Wiener Vertreter einer deutschen Agentur mit seinem Mitarbeiter befand, mußte an einer Straßenkreuzung halten, um einen Zug roter Demonstranten passieren zu lassen. Als der Mob das Parteiabzeichen auf dem Mantelaufschlag des einen Autoinsassen und das Hakenkreuzzeichen seines Mitarbeiters, der Oesterreicher ist, erblickte, riß man die Wagentür auf und versuchte die beiden aus der Droschke zu zerren, wobei man ihnen ins Gesicht spuckte und sie beschimpfte. Im letzten Augenblick gab der Chauffeur geistesgegenwärtig Vollgas.

2000 Grazer Schüler eingesperrt

Auch in Graz haben die Demonstrationen von nationalsozialistischer Seite heute verstärkt wieder eingesetzt. Fast alle, die sich auf den Straßen zeigen, auch Frauen und Kinder, tragen das Hakenkreuz. Wiederholt wird in Sprechchören der Rücktritt des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg gefordert. Viele Straßenzüge sind von der Polizei abgeriegelt. Besonderes Aufsehen hat es erregt, daß mit Lastkraftwagen Militär in die Stadt gebracht worden ist. 2000 Schüler von höheren Lehranstalten, die gegen die Entlassung eines nationalsozialistischen Lehrers protestierten, hält man im Schulgebäude fest, damit sie sich nicht an den Kundgebungen beteiligen können. Weiter wird bekannt, daß das volkspolitische Referat in Leoben von der Staatsanwaltschaft aufgehoben worden sei.

Wie bekannt wird, ist die Wiener Universität polizeilich geräumt und zunächst gesperrt worden.

Schuschnigg beruft Reservisten ein

Nach einer Mitteilung des Landesverteidigungsministeriums hat der Bundeskanzler die Reservisten des Jahrganges 1915, sofern sie mindestens 10 Monate Dienst geleistet haben und ledig sind, zu einer Waffenübung einberufen. Sie haben sofort bei ihrer Truppe einzurücken. Schuschnigg sieht sich zu dieser Maßnahme gezwungen, um der immer größer werdenden Empörung über seine Maßnahmen Herr zu werden.

Schuschniggs Schuld

Eine ungeheure Welle der Erregung geht durch Oesterreich. Sie ist nur zu verständlich. Die Oesterreicher hatten hoffen dürfen, daß eine ehrliche und aufrichtige Befriedung Platz greifen würde, denn der Bundeskanzler hatte sein Wort gegeben, und an diesem Worte glaubte man nicht deuteln und drehen zu dürfen. Doch jetzt wird offenbar, daß der österreichische Bundeskanzler etwas anderes im Schilde führt, vielleicht gar nie die wirkliche Absicht gehabt hat, den Nationalsozialisten Oesterreichs die Gleichberechtigung zu gewähren. Eine bedeutsame Enthüllung hat der Wiener Vertreter der „New York Times" vorgenommen. Er erklärt, schon am 16. Februar gewußt zu haben, daß der österreichische Bundeskanzler eine Volksabstimmung unter unmöglichen Bedingungen plane. Demnach war es also schon vier Tage nach der Besprechung von Berchtesgaden die Absicht Schuschniggs, Deutschland zu betrügen. Dadurch erhalten die zweideutigen Sätze erst ihren rechten Sinn, die Schuschnigg in seine Rede vor dem österreichischen Bundestag einflocht.

Dr. Schuschnigg hat, diese Feststellung muß eindeutig getroffen werden, die Abmachungen von Berchtesgaden gebrochen und die nationalsozialistischen Minister seiner eigenen Regierung hintergangen. Schärfer kann man sein Verhalten nicht brandmarken, als es in einer holländischen Presseauslassung geschieht, die wir an anderer Stelle wiedergeben. Dies Verhalten wird auch sonst im Auslande mit Verwunderung aufgenommen werden, und die Stimmen der Ablehnung solcher politischer Methoden werden allgemein sein. Man fühlt sich bei den Maßnahmen Schuschniggs erinnert an die dunkelsten Punkte der österreichischen Geschichte, von denen einer der Verrat des Kaisers Karl und der Zita im Weltkriege war. Wir wissen, daß das wirkliche österreichische Volk anders denkt und empfindet, als es in den Entschlüssen dieses Bundeskanzlers zum Ausdruck kommt, der ja auch keine Mehrheit im Volke besitzt, sondern sich eine solche höchstens durch Betrug am kommenden Sonntag erschleichen wollte.

Angesichts derartiger Manöver ist die Erregung in Oesterreich zur Siedehitze gestiegen. Schon ist es auch zu den ersten blutigen Zusammenstößen gekommen. Da Schuschnigg befürchtet, daß er der Volksstimmung nicht mehr Herr werden könnte, hat er zu einem Mittel gegriffen, das zeigt, wie er nackte Gewalt als seine letzte Zuflucht betrachtet. Alle Sicherheitsmaßnahmen sind verstärkt, und der Reservistenjahrgang 1915 ist einberufen. Wohin soll das führen! Will Schuschnigg etwa, anstatt die groteske Wahlkomödie abzublasen und die Ursachen der Unruhe zu beseitigen, seine Schuld vergrößern, indem er Kraftproben provoziert, da doch angesichts der von ihm hervorgerufenen Unruhe Zwischenfälle sich kaum vermeiden lassen dürften? Ein ungeheuerlicher Betrug ist jedenfalls an allen Gutgläubigen in Oesterreich verübt worden, und der Volkszorn gegen diesen Bundeskanzler ist berechtigt.

105 000 Arbeitslose weniger

Berlin, 11. März.

Durch den erneuten Einbruch winterlichen Wetters Mitte Februar wurde die rückläufige Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die sich seit der zweiten Januarhälfte kräftig angebahnt hatte, zunächst unterbrochen. Die Wirkung der letzten milden Februartage war aber ausreichend, um noch einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 105 000 gegenüber Ende Januar zu erzielen. Insgesamt betrug die Zahl der Arbeitslosen Ende Februar 946 000. Sie lag damit um 477 000 höher als im günstigsten Monat des Vorjahres. Die bezirkliche Verteilung dieser winterlichen Ueberlagerung ist aber sehr unterschiedlich. Auf die vier Bezirke Schlesien (+ 99 000), Bayern (+ 72 000), Sachsen (+ 62 000) und Ostpreußen (+ 52 000) entfallen allein 285 000 oder 60 v. H. der gesamten winterlichen Ueberlagerung.

Die Tagung des Faschistischen Großrates

Rom, 11. März.

Der Große Faschistische Rat ist am Donnerstag 22 Uhr zu seiner ersten Tagung im Jahre 16 der faschistischen Zeitrechnung zusammengetreten und hat sich nach einer mehr als vierstündigen Sitzung auf Freitag abend 22 Uhr vertagt. Außenminister Ciano gab einen ausführlichen Bericht über die internationale Lage, der vom Duce in einigen Teilen kommentiert wurde.

„Schuschnigg und Stalin in einer Front"

Scharfe holländische Kritik an der sogenannten Volksabstimmung in Oesterreich

Amsterdam, 11. März.

Die holländische Zeitung „Het Nationale Dagblad" schreibt unter der Ueberschrift: „Stalin und Schuschnigg in einer Front" wörtlich:

„Schuschnigg hat seine Maske abgerissen, seine Politik steht wieder im Zeichen des Gummiknüppels. In den Kommunistenvierteln Wiens ist es lebendig geworden; dort ist Schuschnigg eine populäre Figur, denn die Parole Moskaus lautet: „Unterstützt unsere Freunde Schuschnigg und Schmidt, denn sie sind unsere Bundesgenossen wenigstens für den Augenblick der Abstimmung." Am Sonntag werden die Agenten der Moskauer Blutherrschaft mit den Agitatoren dieser Schuschnigg-Politik Hand in Hand arbeiten. Vor unserem geistigen Auge erwachen die Schatten der Millionen, die in Sowjetrußland zum Tode gemartert wurden. Moskau und Schuschnigg kämpfen mit ihren Trabanten für eine Doppelherrschaft der Unterdrückung, nicht für den Glauben; nur für den politischen Mißbrauch des Glaubens, nicht für die Aufklärung des Volkes, sondern für die Machtstellung des internationalen Judentums und des klerikalen Imperialismus. Stalin und Schuschnigg stehen mit den Todfeinden des deutschen Volkes in Prag, Paris und Valencia in einer Front. Die Regierung wird das kleine österreichische Volk zusammentreiben und es an die Wahlurnen stellen, wo die Beauftragten der Inquisitionsregierung Schuschnigg stehen und die Namen derjenigen feststellen, die gegen diesen Zwangsstaat stimmen."

Weiter weist das Blatt darauf hin, daß Schuschnigg die Stimmen der Kommunisten erkauft habe und daß rund 250 000 Juden, die nach dem Kriege in das unglückliche Land hineingeströmt seien, mit ihrer Familie das Recht erhalten, für ein „unabhängiges deutsches Oesterreich" zu stimmen, wohlgemerkt, für ein Oesterreich, unabhängig vom deutschen Volk, aber abhängig von Moskaus Interessen. Die stammesbewußte deutsche Jugend Oesterreichs müsse zusehen, wie diese jüdischen Einwanderer Oesterreich den Todfeinden seines Volkes ausliefere, denn diese Jugend sei von Schuschnigg von der Wahl ausgeschlossen worden. Der Kniefall, den Schuschnigg jetzt vor Moskau tue, habe das Ziel, die Marxisten auf seine Seite zu lotsen. Dadurch verleugne er das politische Testament Seipels, der sich zur Lebensaufgabe gemacht habe, den Austromarxismus zu beseitigen.

Eine sensationelle Enthüllung

Neuyork, 11. März.

„New York Times" veröffentlicht einen erstaunlichen Bericht seines Wiener Korrespondenten Geyde, aus dem hervorgeht, daß Geyde bereits am 16. Februar von Schuschniggs Abstimmungsplan Kenntnis hatte, aber gebeten worden war, hierüber nichts verlauten zu lassen, damit man auf reichsdeutscher Seite (!) keine „vorzeitige" Kenntnis erhalte.

Der Sieg der Nationalen an der Aragon-Front

Salamanka, 11. März.

Der nationale Heeresbericht vom Donnerstag meldet den tiefen Einbruch der nationalen Streitkräfte in die Stellungen der Bolschewisten in Aragon. Auf dem linken Flügel stießen die Nationalen nach Erstürmung mehrerer Stellungen auf Belchite vor und eroberten diesen Ort zurück. In Belchite hatte der Gegner starke Truppenmassen, Artillerie, Maschinengewehre und Kampfwagen zusammengezogen; es fiel dank einer geschickten Umgehungsbewegung. Die Verwirrung des Feindes ausnutzend, drangen die Truppen weiter vor und besetzten Almerunaeid de la Cuba und eine Reihe weiterer Ortschaften. Auch auf dem rechten Flügel wurden viele Städtchen und Dörfer besetzt und mehrere Höhenzüge dem Feinde abgenommen. Mit den Orten Belchite, Moneva und Huesa del Comun wurde die Linie des Flüßchens Aguas vivas, das nördlich von Belchite in den Ebro fließt, gleichmäßig erreicht. Während die Verluste der Nationalen sehr gering sind, sind die des Feindes außerordentlich hoch. Ueber 3500 rote Milizen gerieten in Gefangenschaft; unübersehbar ist die Beute an Material.

Auch an der Madrider Front waren die nationalen Operationen von Erfolg begleitet. In der Sierra Guadarrama nahmen die Nationalen den Reventon-Paß und am Bergpaß Malagosto die Position Flecha. Die Bolschewisten versuchten viermal vergeblich unter dem Einsatz von Artillerie und Tanks den Reventon-Paß zurückzuerobern. Bei diesen mißglückten Gegenangriffen ließen sie über 500 Tote und umfangreiches Material zurück. Beim Luftkampf wurden vier feindliche Curtiß-Maschinen abgeschossen.